

# Edgar Einemann/Edo Lübbling Beispielhafte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in London

## 1. Kommunale und regionale Ansatzpunkte für eine linke Strukturpolitik

In der Diskussion über eine alternative, dezentral ansetzende Strukturpolitik wird von vornherein davon ausgegangen, daß die Möglichkeiten begrenzt, die Schaffung sozialistischer Inseln in einzelnen Gemeinden oder Bundesländern nicht realisierbar und eine grundlegende Veränderung auf nationaler und internationaler Ebene nötig ist. Allerdings geht es darum, dezentrale Handlungschancen zu nutzen, Gegengewichte zu bilden und modellhaft eine konsequente Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu verfolgen. Im Mittelpunkt muß dabei eine Orientierung auf den Bedarf stehen, die die Schranken einer Politik der ausschließlichen Orientierung auf die Exportfähigkeit und die Selbstheilungskräfte des Marktes zu überwinden in der Lage ist. Es muß darum gehen, die vorhandenen öffentlichen Ressourcen ebenso systematisch und gezielt einzusetzen wie die oft vorhandene ökonomische Macht, die die Gemeinden und Länder als große Arbeitgeber und Nachfrager haben. Das bedeutet die Überwindung der Selbstbeschränkung der Wirtschaftspolitik auf das Bereitstellen von Infrastruktur für das private Kapital und die Realisierung einer offensiven Industriepolitik, in der staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und eigene Aktivitäten eine wichtige Rolle spielen. Die dazu erforderlichen Instrumente können Eigengesellschaften der öffentlichen Hand sein, die nicht im Stile von Handelsbanken und klassischen Wirtschaftsförderungsgesellschaften auf Anfragen der Privatunternehmen warten oder diese zu „ködern“ versuchen, sondern sich mit

den zukunftsweisenden Initiativen der Gewerkschaften und Bürgerinitiativen verbinden und alternative regionale Entwicklungsperspektiven zur arbeitsplatzschaffenden besseren Versorgung der Bevölkerung eröffnen.

Die Eigengesellschaften können öffentliche Gelder wie Subventionen gezielt einsetzen und mit bestimmten, dann auch zu kontrollierenden Auflagen verbinden, Strukturanalysen und Entwicklungsprogramme erarbeiten, an der Sanierung und Umstrukturierung von Betrieben bei gleichzeitiger Ausweitung der öffentlichen Unternehmensanteile mitwirken, Belegschafts-Kooperativen besonders fördern und beraten und auch eigene Unternehmen zur Herstellung bestimmter Güter (z.B. für die regionalen Wirtschaftsbetriebe) gründen sowie neue Betriebe besonders unterstützen. Außerdem müßten die öffentlichen Investitionshaushalte und die Investitionsplanungen der öffentlichen Unternehmen systematisch auf Verbindungslinien zwischen dem regionalen Bedarf und den regionalen Produktionsmöglichkeiten hin untersucht und koordiniert zur Arbeitsplatzsicherung gerade in krisenbetroffenen Betrieben eingesetzt werden.

Die Entwicklung und Durchsetzung einer solchen alternativen regionalen Strukturpoli-

Hinweis:

- 1 Der vorliegende Beitrag ist eine Kurzfassung von: Einemann, E.; Lübbling, E.: Politische Alternativen in London – Beispielhafte Ansätze einer mobilisierenden Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; in: Kooperation Universität-Arbeiterkammer Bremen – Reihe Arbeitspapiere, Bremen 1984.

tik erfordert die bewußte Zustimmung der großen Mehrheit der Bevölkerung und die Mobilisierung aktiver Gruppen in den Betrieben und Wohnvierteln und setzt voraus, daß die finanzielle Ausplünderung der Länder und Gemeinden zugunsten des Zentralstaates unterbleibt bzw. wieder rückgängig gemacht wird.

## 2. Beispielhafte Ansätze in London

Groß London mit ca. 11 Mio. Einwohnern hatte Anfang 1984 ca. 375.000 Arbeitslose; in einzelnen Arbeiterbezirken waren bis zu 30 Prozent der Arbeitswilligen ohne Beschäftigung. Die von konsequenten Sozialisten der Labour-Party getragene Regierung der Stadt London versucht, eine Reihe von Konzepten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu realisieren, die zugleich zur fühlbaren Verbesserung der Lebensqualität beitragen sollten. Die Aktivierung der Bevölkerung und die Erhöhung der Kontroll- und Entscheidungsmöglichkeiten der „Basis“ sind ein Kernelement des strategischen Ansatzes. Die Regierung organisiert gezielt die Unterstützung von Belegschafts- und Bürgerinitiativen zur Beeinflussung der Entwicklungsrichtung in der Produktion und in der Kommune u.a. durch den Aufbau von Berater-Gruppen und den Einsatz der Erwachsenenbildung, aber auch durch Auflagen an die Unternehmen und die besondere Förderung von Belegschafts-Kooperativen. Die Entwicklung eines „Frühwarn-Systems“ soll sicherstellen, daß gezielte wirtschaftspolitische Eingriffe der Regierung auf der Basis von systematisch gesammelten Informationen und Trendanalysen erfolgen können. Die Notwendigkeit politischer Maßnahmen zur Beeinflussung und Steuerung der wirtschaftlichen Prozesse hat zur Einrichtung einer flexiblen, öffentlich kontrollierten Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung geführt.

Die Beteiligung und Übernahme von Unternehmen gehört ebenso zu den Aufgaben dieser Gesellschaft wie z.B. die Beratung bei Sanierungs- und Umstellungsmaßnahmen und die Festlegung von Auflagen an unterstützte Betriebe. Bisher ist es gelungen, in 158 Firmen zu intervenieren und insgesamt 2.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, wobei die Kosten mit DM 28.000 pro Arbeitsplatz weit unter den bei der klassischen Wirtschaftsför-

derung üblichen Werten liegen.

Darüber hinaus soll die auf schmaler Basis erprobte Kooperation von betrieblichen Arbeitskreisen zur alternativen Produktion (z.B. bei Lucas Aerospace) und den Hochschulen, vermittelt über das Londoner Institut für Alternative Produktion (CAITS), nun auf eine gesellschaftliche Grundlage gestellt werden.

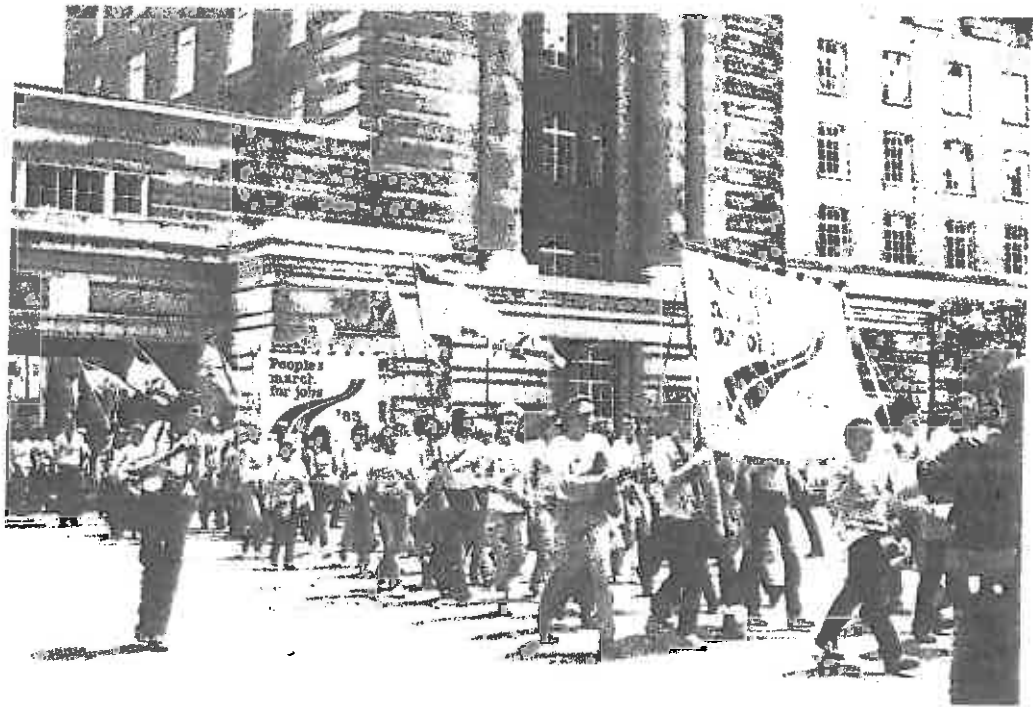
### *Beteiligung der Betroffenen und dezentrale Demokratisierung*

Der Ansatz der sozialistischen Politik in London geht davon aus, daß die Durchsetzung grundlegender Veränderungen der herrschenden Verhältnisse nur dann möglich ist, wenn die Lohnabhängigen und die Bevölkerung ihre eigenen Interessen aktiv vertreten. Die Stärkung von Belegschafts- und Bürgerinitiativen sowie von Kampagnen ist deshalb ein zentraler Punkt in der Politik der Bezirksregierung. Durch qualifizierte (strategische) Beratung und bescheidene finanzielle Förderungen wird versucht, die kontinuierliche Arbeit von Initiativen zu unterstützen und voranzutreiben und insbesondere den Schritt vom Protest zur Formulierung positiver, eigener Alternativen anzuregen. Das Projekt für eine „Planung durch die Betroffenen“ (Popular Planning Project) setzt hier an. Außerdem wird die Demokratisierung in den Betrieben durch die Beratung und Betreuung von Belegschaftsinitiativen und die Knüpfung von öffentlichen Mitteln an bestimmte Beteiligungsrechte der Beschäftigten vorangetrieben.

Darüber hinaus ist die besondere Förderung von Belegschafts-Kooperativen und ihre Vernetzung ein Ziel mit besonderer Priorität, weil trotz aller Probleme die Herausbildung eines selbstbestimmten Bereichs für wichtig gehalten wird.

### *Planung durch die Betroffenen*

Die Grundüberlegung ist, den herrschenden Planungen – deren Opfer die Bevölkerung in der Regel ist – eine Beschäftigten- bzw. Betroffenen-Planung gegenüberzustellen und damit auch die Macht der Spitzenmanager in Unternehmen und Bürokratien anzugreifen. Die Planung durch die einfachen Leute soll deren Zukunftsvisionen konkretisieren hel-



*Arbeitslosenmarsch, 1982*

fen und dazu beitragen, den Kampf für die Durchsetzung einer menschlichen Zukunft zu intensivieren. Es geht nicht um die Anregung von Wunschbriefen an den Bürgermeister, sondern um die Initiierung kollektiver Diskussionen, deren praktische Resultate von der sich entwickelnden Organisation und den vorhandenen Ressourcen abhängig sind.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß nur die Initiative und Unterstützung der Bevölkerung und die Mobilisierung ihrer Fähigkeiten und Ideen zum Erfolg führen kann, ist ein „Projekt für Betroffenen-Planung“ (Popular Planning Project) eingerichtet worden. Das Projekt will die Bildungsabteilung der Gewerkschaften, die Arbeiterbildungs-Vereinigung und die Institutionen der Erwachsenenbildung einbeziehen und erreichen, daß lokale Gruppen den lokalen Beschäftigungsbedarf ermitteln: „Das Ziel ist, den Menschen in dieser Region mehr Einfluß auf ihr eigenes Leben zu geben.“ Betriebliche und lokale Initiativen zur Förderung der Beschäftigung sollen unterstützt werden – durch materielle Ressourcen, aber vor allem durch Berater und Tutoren mit Erfahrungen in der Erwachsenenbildung. „Jede Gruppe

kann etwas zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen beitragen, die die Menschen in der Region brauchen.“

Zu den Aktivitäten der Erwachsenenbildungseinrichtungen zur Aufklärung, Mobilisierung und Unterstützung von Initiativen gehört z.B.

- die Bereitstellung von Kursen und Tagesveranstaltungen zur Vermittlung von Fähigkeiten zur Bekämpfung von Entlassungen, Aufstellung von Belegschaftsplänen, Gründung und Fortführung einer Kooperative, Analyse der wirklichen finanziellen Lage der Arbeitgeber etc.
- die Unterstützung einer Gruppe von Frauen, die nach der Schließung einer Jeans-Fabrik eine Kooperative gegründet hat und nun Kinderbekleidung für den lokalen Bedarf produziert und verkauft.
- die Hilfe bei der Ausarbeitung von Plänen, wirtschaftlichen und sozialen Argumenten und der Suche nach finanziellen Mitteln.
- die Bereitstellung von Kursen für das Selbst-Management von Kooperativen (Buchhaltung, Marketing und Produktion).

Außerdem könnten Selbstlerngruppen Projekte z.B. zu den Folgen neuer Technologien und den Arbeitsmöglichkeiten der Menschen in der Kommune bearbeiten.

#### *Förderung von Belegschafts-Kooperativen*

Belegschafts-Kooperativen und Produzenten-Genossenschaften haben in Großbritannien eine lange Tradition. Einige Probleme sind allerdings nicht zu übersehen:

- Die Kooperativen können sich i.d.R. nicht aus dem kapitalistischen Markt herauslösen. Sie sind auf den Absatz ihrer Produkte und damit auf eine kostengünstige Produktion angewiesen.
- Die Kooperativen müssen häufig einen hohen Teil des Ertrags ihrer Arbeit in Form von Zinszahlungen an das Geldkapital abführen.
- Die Ausfüllung der durch das Kapital vernachlässigten Produktion durch Kooperativen kann eine Aufsplitterung der Beschäftigten zur Folge haben, wobei ein gewerkschaftlich nicht organisierbarer „zweiter Arbeitsmarkt“ mit stark unterdurchschnittlichen Arbeitsbedingungen und Löhnen entstehen kann.
- Der Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital wird begrenzt und in den Kooperativen möglicherweise eine massive Selbstausbeutung der „Teilbesitzer“ organisiert, zumal die Kapitalausstattung häufig ein Problem ist.

Trotz aller Gefahren unterstützt der Rat der Stadt London aber Belegschafts-Kooperativen in besonderem Maße, weil sie zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen und den Beschäftigten die Kontrolle über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen geben. Darin ist ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft zu sehen. Es wird der Beweis erbracht, daß zur Organisation der Produktion keine Privatkapitalisten erforderlich sind.

In London wurde eine Beratungsgruppe für Kooperativen gegründet, die mit fünf Mitarbeitern ausgestattet ist und 1983 4 Mio. DM in 36 Projekte investiert hat, die insgesamt 400 Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Prinzipiell unterstützt werden soll sowohl die Neugründung von Kooperativen (die Umwandlung von Privatunternehmen und die Initiative von bisher arbeitslosen Menschen) als

auch die Expansion der bestehenden Produzenten-Genossenschaften. Skepsis ist allerdings gegenüber einer bloßen Weiterführung bankrotter Unternehmen vorhanden, weil hier erhebliche Zahlungsverpflichtungen entstehen können; Beteiligungen oder Übernahmen werden in solchen Fällen nur dann unterstützt, wenn einschneidende Umstellungen möglich sind und sich sowohl die Stadt als auch die Gewerkschaften daran beteiligen.

Einzelne Kooperativen können mit jährlich bis zu DM 100.000 unterstützt werden. Außerdem sollen zinsgünstige Kredite, Ausbildungsprogramme und eine intensive Beratung (Technologien, Betriebsführung) organisiert werden. Eine wesentliche materielle Förderungsmöglichkeit wird in der gezielten Einkaufs-Politik der öffentlichen Hand gesehen, die sowohl neue Produkte bei Kooperativen bestellen als auch eine Umleitung der bisher an Privatfirmen vergebenen Aufträge vornehmen kann.

Besonderer Wert wird auf die Vernetzung der unterschiedlichen Kooperativen gelegt, die auch zu einer gemeinsamen Einkaufs- und Verkehrspolitik führen kann. Zur Förderung der direkten Kommunikation untereinander wurde 1984 eine Messe der Kooperativen veranstaltet. Angestrebt wird die Verankerung der in Kooperativen Tätigen in der Gewerkschaftsbewegung, um einer Spaltung der abhängig Beschäftigten vorzubeugen.

#### *Das Frühwarn-System*

Die Überlegung, daß eine wirkungsvolle Bekämpfung von Stilllegungs- und Entlassungsplänen der Unternehmen nur dann möglich ist, wenn rechtzeitig mit der Mobilisierung von Belegschaften und Öffentlichkeit begonnen und an Alternativplänen gearbeitet wird, hat zum Aufbau eines Frühwarn-Systems geführt. Alle Informationen über die Entwicklung einzelner Unternehmen und Branchen sollen zusammengefaßt und insbesondere die von den Beschäftigten wahrnehmbaren Warnsignale berücksichtigt werden. Die Unterstützung der Entwicklung eines gewerkschaftlichen Frühwarnsystems geht davon aus, daß die Vielzahl der aktiven Mitglieder und die Organisation in der Lage sind, scheinbar unwichtige betriebliche Teilinformationen zusammenzufügen und dadurch frühzeitige Hinweise auf

bevorstehende Veränderungen zu bekommen.

Der Aufbau eines computerisierten Firmen-Überwachungsnetzes und von gewerkschaftlichen Informations-Zentren soll Daten und Trends zusammenfassen, die ihre Quelle u.a. bei Beschäftigten und Belegschaftsvertretern, Forschungsabteilungen der Gewerkschaften und der öffentlichen Hand, Bibliotheken, Finanz- und Wirtschaftszeitschriften sowie Geschäftsberichten haben.

#### *Die Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung*

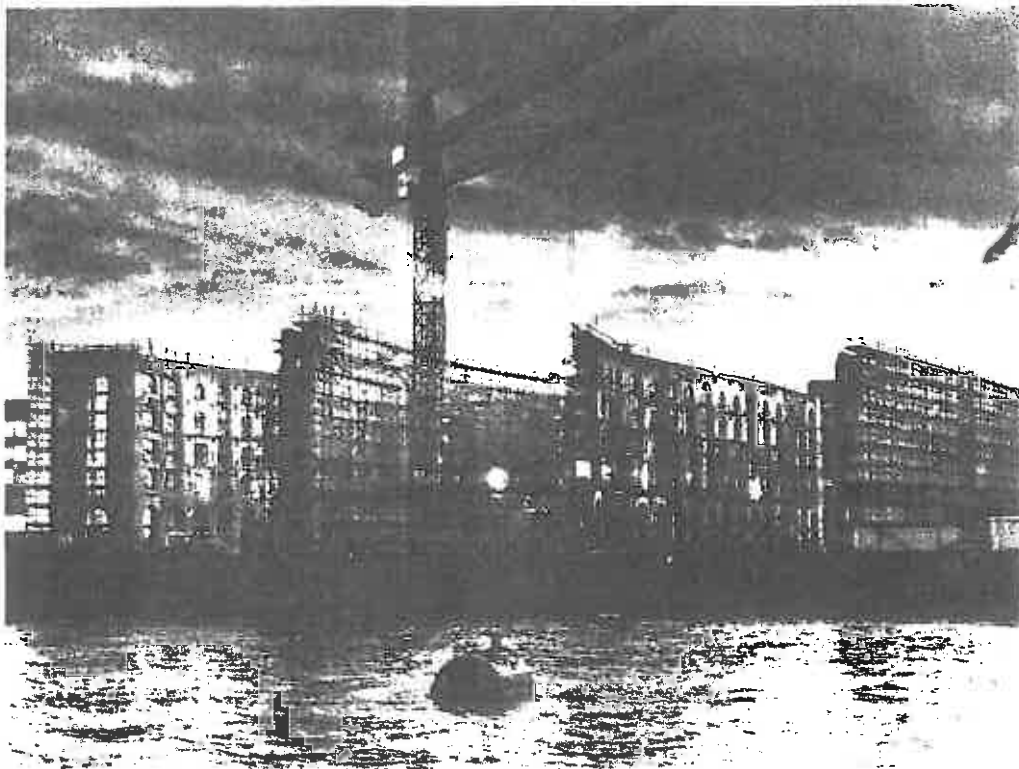
Als flexibles wirtschaftspolitisches Instrument der Londoner Regierung wurde eine besondere Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung gegründet, die mit ca. 70 Mitarbeitern und z.Zt. mit ca. 150 Mio. DM jährlich ausgestattet ist. Sie wurde als besondere Einrichtung außerhalb der Bürokratie gegründet, weil die Umsetzung des wirtschaftspolitischen Neuansatzes an die Grenzen der eingefahrenen Verwaltungsstrukturen stieß. Der Gesellschaft geht es nicht um die Umverteilung öffentlicher Gelder in unkontrollierbare Unternehmerhände, sondern um die Durchsetzung industriepolitischer Maßnahmen mit dem Ziel der Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Ausweitung der demokratischen Kontrolle über die Produktion. Von daher gehört die Übernahme von Unternehmen oder von Unternehmensanteilen sowie die Sanierung und Umstellung von Firmen zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft, die ihre Arbeit nicht – wie es in der Bundesrepublik häufig zu beobachten ist – auf die Förderung von Ansiedlungs- und Erweiterungsabsichten der Privatunternehmer beschränkt. Die neue Gesellschaft ist insofern weder ein Instrument der „staatlichen Planwirtschaft“ noch ein „Reparaturbetrieb des Kapitalismus“ als sie versucht, die betroffenen Belegschaften zum Anknüpfungspunkt ihrer Aktivitäten zu machen und diese möglichst weitgehend an den Unternehmen zu beteiligen (größere Anteile oder voll im Besitz der Belegschaften) und somit einen zentralen Beitrag zu einer „Demokratisierung von unten“ zu leisten. Häufig soll schon das bloße Interesse der öffentlich gesteuerten Gesellschaft an Unternehmensübernahmen zu einer Änderung der Konzernpolitik beigetragen haben.

Die Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung (GLEB) soll „ungenutzte Ressourcen mit dem speziellen Ziel mobilisieren, neue Produkte und Dienstleistungen herauszufinden, die den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen entsprechen und die Kontrolle der Menschen über ihr Arbeitsleben erhöhen.“ Der GLEB stellt unter bestimmten Bedingungen Investitionen, materielle Ressourcen, Beratungsdienste und „Know-How“ zur Verfügung, wobei benachteiligte Regionen, die Beschäftigung von Frauen und ethnischen Minderheiten, der sinnvolle Einsatz neuer Technologien und Belegschaftskooperativen besonders unterstützt werden. Für bedrohte oder neu gegründete Unternehmen sollen Investitionspakete unter Einschluß von Grundstücken, Bauten, Geldern sowie technologische und ökonomische Beratung z.B. auf den Gebieten Marketing, Export, Einkauf, Forschung und Entwicklung sowie Finanzen und Produktion zur Verfügung gestellt werden. Investitionsmittel können in Form von Darlehen, Unterstützungszahlungen, Bürgschaften und auch in Form von Unternehmensbeteiligungen vergeben werden. Die Übernahme von Konkursbetrieben ist ebenfalls vorgesehen.

Zwei besonders wichtige Förderungskriterien sind

- „das Ausmaß, in dem das Projekt neue Formen des sozialen Eigentums enthält, die dazu entwickelt werden, den arbeitenden Menschen mehr Kontrolle über ihre Produktion und den Wirtschaftskreislauf zu geben (z.B. durch kommunale Unternehmen und Arbeiterkooperativen)“  
und
- ein gemeinsam mit der Belegschaft entwickelter Unternehmensplan. „Der Plan enthält den strategischen Rahmen für die Zukunft des Unternehmens. Zusätzlich zu der üblichen Geschäftsplanung muß der Plan enthalten: Verpflichtungen in bezug auf die Arbeitsplätze“ sowie Angaben zur „Produkt- und Marktstrategie, zu Zukunftsinvestitionen und zum technologischen Wandel, zur Standortwahl und zur Preispolitik, zum Beschäftigungsniveau und den Beschäftigungsbedingungen, zum Qualifikationsprofil und der Ausbildungspolitik sowie zur Politik der Chancengleichheit.“

Ein Antrag auf Unterstützung (für deren Formulierung auch Hilfen zur Verfügung gestellt



*Ausschlachtung von Themse-Docks für die City*

werden) sollte enthalten: „Eine Beschreibung des Produkts, der Produktionsmethode, wie und wo es verkauft werden soll, der Marktsituation, der Konkurrenzbedingungen, der Organisationsstruktur sowie die Geschäftsberichte der letzten drei Jahre und eine Finanzklärung, die die Gewinn- und Verlustrechnungen, die Bilanz und den cash flow umfaßt.“

Zur Aufgabe des GLEB gehört auch der Aufbau von „Technologie-Netzwerken“ in London.

#### *Technologie- und Energienetze*

Sogenannte Technologie-Netzwerke sollen Betrieben und Beschäftigten die Nutzung des „Know-How“ der Hochschulen und Universitäten ermöglichen, wobei dezentrale Kooperationsstellen eingerichtet werden. Der kontrollierte Einsatz neuer Technologien soll an die vorhandenen Qualifikationen der Beschäftigten anknüpfen und sie weiterentwickeln anstatt sie zu zerstören (z.B. durch alternative Werkzeugmaschinen) und nicht zu Arbeits-

platzverlusten führen. Die neuen Technologien sollen sich auf den sozialen Bedarf der Bevölkerung beziehen und zur Herstellung sozial nützlicher Produkte (alternative Produktion) beitragen.

Das „Energie-Netzwerk“ hat einen zentralen Stellenwert für die lokale Energiepolitik. Es geht darum, die vorhandenen alternativen Energietechnologien weiterzuentwickeln und Einsatzkonzepte zu erarbeiten, die erste Schritte zur Realisierung einer alternativen Energiepolitik für London darstellen. Auch hierbei geht es um die Verbindung von alternativer Produktion und verbesserten Lebensbedingungen, die sich z.B. in einer ausreichenden Wärmeversorgung der Bevölkerung zu deutlich verringerten Preisen ausdrückt. Allerdings wird immer wieder die unauflösbare Verbindung zur Politik der Zentralregierung deutlich: Der Stopp der Pläne zum Ausbau der Atomenergie ist eine wesentliche Bedingung für die Durchsetzbarkeit einer kostengünstigen dezentralen Kraft-Wärme-Versorgung.

Die alternative Strategie der Londoner Bezirksregierung umfaßt darüber hinaus z.B. die Unterstützung von lokalen Kampagnen und Konferenzen zur Rüstungskonversion und den Einsatz von Beratern, die gemeinsam mit Gewerkschaftern und einem universitären Forschungsprojekt an Plänen zur Umstellung der Rüstungsproduktion auf sozial nützliche Produkte arbeiten.

### 3. Der politische Kampf um London

Die politischen Repräsentanten der beispielhaften Londoner Neuansätze sehen durchaus die begrenzte Reichweite ihrer Aktivitäten. Sie sind im Resultat trotz aller bescheidenen Erfolge kaum mehr als ein „Tropfen auf den heißen Stein“. So ist ein multinationaler Konzern in der Lage, die in einem Jahr erreichte Schaffung von 2.000 neuen Arbeitsplätzen durch die Bezirksregierung mit einem Schlag zunichte zu machen, wenn z.B. Ford eine Gießerei schließt und 2.800 Beschäftigte entläßt. Allerdings: Ohne die mutigen und unkonventionellen politischen Neuansätze zur Durchsetzung einer alternativen dezentralen Strukturpolitik wären die Arbeitslosenzahlen noch größer. Außerdem haben die Reformen in London die zentrale Funktion, realisierbare Lösungsperspektiven im Interesse der Menschen aufzuzeigen und damit Tendenzen zur Anpassung und Resignation entgegenzuwirken. Das kommt auch in der großen Bedeutung zum Ausdruck, die der Mobilisierung der Bevölkerung und der Stabilisierung von Basisinitiativen in den Betrieben und in der Stadt beigemessen wird. Die Entwicklung von alternativen Zukunftsperspektiven, die Schaffung „strategischer Einheiten“ von Forschern und Beratern zur Transformation von Protestkampagnen in Initiativen zur positiven Gestaltung der Zukunft unter Nutzung der wissenschaftlichen Ressourcen und der aktiven Einbeziehung der Bevölkerung ist das wohl wichtigste Element der Politik der Londoner Regierung.

Es geht den politischen Repräsentanten Londons natürlich um den Aufbau einer Gegenmacht zur konservativen britischen Zentralregierung. Durch modellhafte Projekte soll der Öffentlichkeit die Machbarkeit einer Politik gegen die Krise demonstriert und die Re-

gierung unter Druck gesetzt werden; zugleich werden Anknüpfungspunkte für eine grundlegende politische Wende nach vorne für den Fall eines Sieges der Arbeiterpartei bei den nächsten Parlamentswahlen geschaffen.

Es scheint gelungen zu sein, eine zunehmend breitere Unterstützung auch der Gewerkschaften für eine neue Politik zu gewinnen, die innerhalb der Arbeiterbewegung keineswegs unumstritten ist. Die fehlenden besseren Alternativen und der durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit zugleich zunehmende Handlungsdruck spielen hierbei sicherlich eine wichtige Rolle.

Es besteht die Perspektive, daß die drei von der Labour-Party regierten Bezirksregierungen von London, Sheffield und den West-Midlands ein gemeinsames Gegengewicht gegen die konservative Politik der Regierung Thatcher organisieren; in diesen Regionen leben immerhin ca. 20 von 55 Mio. Engländern. Trotz der begrenzten Möglichkeiten der Realisierung einer wirkungsvollen alternativen Politik auf dezentraler Ebene (die Entscheidungen über Rüstungsausgaben, Atomenergieprojekte und die meisten Steuern fallen z.B. auf nationaler Ebene) ist die Zentralregierung zum Gegenangriff mit dem Ziel übergegangen, die Ebene der Bezirksverwaltung in den Städten schlichtweg aufzulösen und sich selbst die Finanzhoheit zu sichern.

Nach dem Versuch der Aushebelung der gewerkschaftlichen Macht durch die politisch gewollte Massenarbeitslosigkeit und rechtliche Einschränkungen sowie die Schwächung der Arbeiterpartei durch einen finanziellen Aderlaß aufgrund der Einschränkung ihrer traditionellen Unterstützung durch die Gewerkschaften soll die dritte Machtbasis der britischen Opposition, die Regierungsgewalt in den Großstädten, zerschlagen werden. Ein in der Bundesrepublik vergleichbarer Schritt wäre die Abschaffung der Landesregierungen in Hamburg und Bremen sowie die Auflösung z.B. des Kommunalverbandes Ruhr. Ein entsprechendes Gesetz befindet sich in den in Großbritannien erforderlichen parlamentarischen Beratungsprozessen und wird aller Wahrscheinlichkeit nach dazu führen, daß z.B. die Londoner Stadtregierung ab April 1985 aufgelöst ist und entsprechende Wahlen nicht mehr stattfinden können. Einzelne Funktionen der Bezirksebene sollen zwar auf die ein-

zelen Stadtgemeinden Londons übergehen. Aber es werden neue, nicht mehr gewählte Behörden für die Polizei, die Feuerwehr und den öffentlichen Personennahverkehr geschaffen, deren Haushalte und Gebührensätze zunächst von der Zentralregierung festgelegt werden. Auch die Personalentwicklung und die Entwicklungsplanung für London werden der Zentralregierung direkt unterstellt, die insgesamt die Steuerautonomie der Gemeinden abschaffen und deren Ausgabenrahmen festlegen will. Die schon erfolgte Einschränkung der finanziellen Zuweisungen der Zentralregierung an die Gemeinden soll mit dazu beitragen, die Durchsetzung konservativer politischer Leitlinien zu erzwingen. Die Gemeinden sollen durch ökonomischen Druck dazu gebracht werden, z.B. den Bestand an öffentlichen Wohnungen, die Müllabfuhr und die Stadtreinigung zu privatisieren und die sozialen Dienste einzuschränken.

Die krasse Opposition der Londoner Regierung gegenüber einer solchen Politik und der Versuch der offensiven Entwicklung einer Alternative ist akut bedroht. Die Zukunft wird zeigen, ob die volle Mobilisierung der Öffentlichkeit durch die Unterstützung von Belegschafts- und Bürgerinitiativen, Flugblätter und Zeitungen, Veranstaltungen und Feste, Weiterbildungsangebote und Videokassetten, das Anbringen von Werbetexten an allen Bussen des öffentlichen Verkehrsnetzes (Erhaltet die Stadtregierung!) und die Nutzung der Rathaus-Front zur politischen Aufklärung (wo große Plakate entweder den aktuellen Arbeitslosenstand verkünden oder z.B. gegen den Besuch des südafrikanischen Regierungschefs demonstrieren) ausreichen, das nur mit dem roten Wien der Vorkriegszeit vergleichbare „Modell London“ zu retten und eine politische Wende in Großbritannien herbeizuführen.



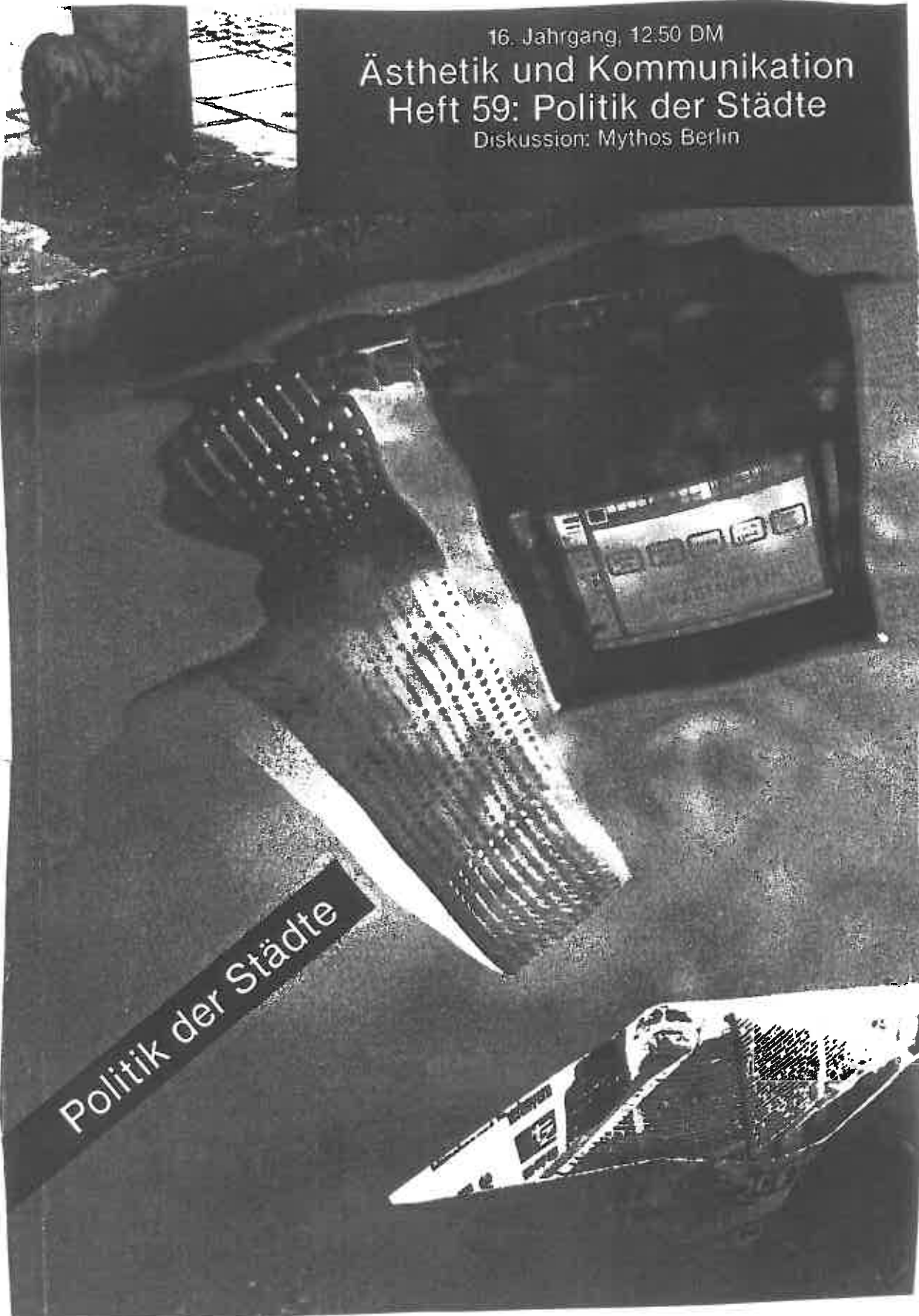
16. Jahrgang, 12,50 DM

# Ästhetik und Kommunikation

## Heft 59: Politik der Städte

Diskussion: Mythos Berlin

Politik der Städte



- Herausgeber: Ästhetik und Kommunikation e.V.  
Institut für Kultur und Ästhetik (IKAe)
- Redaktionskollektiv: David Bathrick, Tilman Fichter, Helmut Hartwig, Knut Hickethier, Dieter Hoffmann-Axthelm, Gisela Kayser, Eberhard Knödler-Bunte, Karl-Heinz Menzen, Olav Münzberg, Uli Puritz, Jörg Richard, Eberhard Sens, Werner Siebel, Gerburg Treusch-Dieter, Thomas Ziehe
- Redaktionelle Kontaktadressen: Heiner Boehncke, Am Hochwehr 26, 6000 Frankfurt/M.  
Peter Gorsen, Eitelberger Gasse 21, A-1130 Wien  
Manuela du Bois-Reymond, Zijlsingel 40, Leiden, Niederlande  
Erik Kr. Sloth, Heibergsgade 25, 8000 Aarhus, Dänemark
- Ständige Mitarbeiter: Axel Honneth (Frankfurt), Alexander Kluge (München), Gernot Epler (Freiburg), Johannes Beck, Dieter Richter (Bremen), Wilfried Gottschalch (Amsterdam), Walter Grab (Tel Aviv), Angelika Brauer, Hajo Funke, Urs Jaeggi, Diethart Kerbs, Scotch Maier, Hermann Pfütze, Barbara Sichtermann (Berlin), Oskar Negt, Michael Vester (Hannover)
- Verlag: Ästhetik und Kommunikation Verlags-GmbH, Bogotastr. 27, 1 Berlin 37.  
Tel. 030 / 802 87 89. Petra Hellemann, Gisela Kayser, Eberhard Knödler-Bunte
- Hefredaktion: Wulf Eichstädt, Dieter Hoffmann-Axthelm, Eberhard Knödler-Bunte
- Berichtigung: Die im Heft 57/58 "Intimität" auf S. 128/129 verwendeten Fotos stammen nicht wie angegeben von Kuhlbrodt, sondern von der Fotografin M.F.Hamann.

Ästhetik und Kommunikation erscheint viermal im Jahr, Einzelheft 12.50 DM; im Abo 9.50 DM; Jahresabonnement 38.- DM zuzüglich Portokosten. Nachdruck ist nach Absprache mit der Redaktion möglich. Das Redaktionskollektiv fordert alle politischen Gruppen sowie interessierte Einzelne zur Mitarbeit auf. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Bestellungen über den Buchhandel oder über den Verlag.

Reproduktionen: Hans-Peter Rink, Berlin  
Gesamtherstellung: Felgentreff & Goebel, Berlin

© Ästhetik und Kommunikation Verlags-GmbH 1985  
ISSN 341-7211 Ä&K Nr. 59